

Antrag 2022/I/AUSSEN/2

Distrikt Ottensen

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Nutzen- und Risikoabwägung bei den Sanktionsmaßnahmen gegen Russland

- 1 Der Landesparteitag der SPD-Hamburg möge beschließen:
- 2 Der Landesparteitag der Hamburger SPD unterstützt die Haltung von Bundeskanzler Olaf
3 Scholz und der Bundesregierung, den Forderungen nach einem sofortigen vollständigen Aus-
4 stieg Deutschlands aus den Gasimporten aus Russland nicht nachzukommen und bei der not-
5 wendigen Umstrukturierung unserer Energieversorgung alternative Lieferanten zu sondieren
6 und vor allem auf einen konsequenten Umstieg auf erneuerbare Energien zu setzen.
- 7 Ein sofortiges deutsches oder europäisches Gasembargo würde aller Voraussicht nach nicht
8 zwangsläufig zu einer schnelleren Beendigung des russischen Angriffs auf die Ukraine führen,
9 da Russland als weltweit zweitgrößter Waffenproduzent militärisch nicht vom westlichen Aus-
10 land abhängig ist und die Rubel für die Bezahlung seiner Soldaten etc. über seine Nationalbank
11 bis auf weiteres in jeder erforderlichen Höhe selber drucken kann.
- 12 Ein sofortiges deutsches oder europäisches Gasembargo würde aber mit großer Wahr-
13 scheinlichkeit zu gravierenden wirtschaftlichen Schäden und großen Arbeitsplatzverlusten
14 in Deutschland führen, weil wichtige Grundstoff-industrien Deutschlands (z.B. die Stahl-,
15 Chemie- und Glasindustrie) stark auf Gas angewiesen sind und es keine überzeugenden kurz-
16 fristigen Substitutionsmöglichkeiten gibt. Hierüber streiten zwar Wirtschaftswissenschaftler
17 mit unterschiedlichen Modellrechnungen, aber Unternehmen, Wirtschaftsverbände und Ge-
18 werkschaften warnen gemeinsam und nachdrücklich vor dieser Gefahr. Was soll es nützen,
19 wenn Deutschlands Wirtschaft schweren und langfristigen Schaden hinnehmen würde – für
20 einen Schritt, der vermutlich nicht zu einem schnellen Ende des Kriegs gegen die Ukraine füh-
21 ren wird?
- 22 Überdies müssen bei Fortsetzung der umfassenden Sanktionsmaßnahmen gegen Russland
23 weitere weitreichende Risiken betrachtet werden: Damit wird die Geschäftsgrundlage der
24 deutschen Exportwirtschaft, die auf funktionierendem Handel, internationaler Rechtssicher-
25 heit und verlässlichen Finanzbeziehungen beruht, massiv und womöglich langfristig gefähr-
26 det.
- 27 Wir fordern die Bundesregierung daher auf, bei der Abwägung möglicher weiterer Sanktionen
28 die Folgen für die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft weiterhin konsequent mit einzube-
29 ziehen, insbesondere auch im Hinblick auf die wachsenden sozialen Spannungen in der Folge
30 stark steigender Energiepreise. Als Dringlichstes muss jetzt von allen Konfliktbeteiligten – vor
31 allem vom Aggressor Russland, aber auch von der Ukraine – Verhandlungsbereitschaft für eine
32 Waffenruhe und mögliche Friedenslösungen eingefordert werden.

